

Substanzielles Protokoll 16. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 17. September 2014, 17.00 Uhr bis 19.37 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 115 Mitglieder

Abwesend: Dr. Mario Babini (SVP), Michael Baumer (FDP), Christina Hug (Grüne), Hans Jörg Käppeli (SP), Joe A. Manser (SP), Severin Pflüger (FDP), Heinz F. Steger (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Roger Tognella (FDP), Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|-----------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2014/268 | * Weisung vom 03.09.2014:
Stadtentwicklung, Sponsoringbeitrag an freestyle.ch AG Zürich
für die Jahre 2015 und 2016 | STP |
| 3. | 2014/279 | * Weisung vom 10.09.2014:
Immobilien-Bewirtschaftung und Liegenschaftenverwaltung,
Büro- und Gewerbehäuser Albisriederstrasse 199a (Siemens-
Areal), Quartier Albisrieden, Übertragung von Nutzflächen per
31. Dezember 2014 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen,
Objektkredit | VHB
FV |
| 4. | 2014/263 | * Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP) und Andreas Kirstein (AL)
vom 27.08.2014:
Verlegung der Haltestelle der Buslinien 61 und 62 beim Bahnhof
Affoltern auf die nördliche Seite der Gleise | VIB |
| 5. | 2014/270 | * Postulat der SP-, FDP-, Grüne- und CVP-Fraktion vom
03.09.2014:
Nutzung des Pavillons beim GZ Leimbach für soziokulturelle
Aktivitäten der Quartierbevölkerung | VS |
| 6. | 2014/271 | * Postulat von Peter Küng (SP) und Florian Utz (SP) vom
03.09.2014:
Rechtliche Regelung der privaten Überwachung des
öffentlichen Raums durch Videokameras | PV |

7.	2014/274	* E	Postulat von Eduard Guggenheim (AL) und Adrian Gautschi (GLP) vom 03.09.2014: Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Abschnitt Bederstrasse / Manessestrasse	VTE
8.	2014/150		Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2013	OMB
9.	2014/183		Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2013	DSB
10.	2014/102		Weisung vom 02.04.2014: Geschäftsbericht des Stadtrats 2013	STR
12.	2014/95	E/A	Motion von Fabienne Vocat (Grüne), vertreten durch Markus Knauss (Grüne) vom 26.03.2014: Einführung von Qualitätssicherungs- und Entlastungs-massnahmen für die Polizistinnen und Polizisten der Stadt	PV
13.	2014/107	E/A	Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 02.04.2014: Verbesserung der Sicherheit zwischen Stauffacher und Sihlporte mit einem Velostreifen	PV
14.	2014/118	E/A	Postulat von Pascal Lamprecht (SP) und Alan David Sangines (SP) vom 09.04.2014: Markierung eines Fussgängerstreifens auf der Albisriederstrasse auf der Höhe Lyrenweg/Im Kratz	PV
15.	2014/163	A	Postulat von Marcel Bührig (Grüne) und Simone Brander (SP) vom 21.05.2014: Rettungsfahrzeuge von Schutz und Rettung sowie Einsatzfahrzeuge der Stadtpolizei, Ausrüstung mit einem Verkehrspriorisierungssystem	PV
16.	2014/227	A	Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Felix Moser (Grüne) vom 02.07.2014: Personalwerbung der Stadtpolizei, Ausrichtung auf das Anforderungsprofil sowie Berücksichtigung der gesellschaftlichen Wertschätzung	PV
17.	2014/273	A	Postulat von Marcel Bührig (Grüne) und Christina Hug (Grüne) vom 03.09.2014: Umbenennung der FIFA-Strasse im Quartier Fluntern	PV

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

351. 2014/285
**Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Gian von Planta (GLP) vom 10.09.2014:
Investorenwettbewerb für ein neues Fussballstadion, grössere Flexibilität für die
Projekte**

Gian von Planta (GLP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Das Postulat fordert eine Anpassung des Investorenwettbewerbs zum Stadion. Bevor der Stadtrat einen falschen Wettbewerb lanciert, muss dies hier diskutiert werden. Wir fordern insbesondere, dass der Investor nicht auf einem bestehenden Projekt aufbauen muss.

Der Rat wird über den Antrag am 24. September 2014 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

352. 2014/268
**Weisung vom 03.09.2014:
Stadtentwicklung, Sponsoringbeitrag an freestyle.ch AG Zürich für die Jahre 2015
und 2016**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 16. September 2014

353. 2014/279
**Weisung vom 10.09.2014:
Immobilien-Bewirtschaftung und Liegenschaftenverwaltung, Büro- und Gewerbe-
haus Albisriederstrasse 199a (Siemens-Areal), Quartier Albisrieden, Übertragung
von Nutzflächen per 31. Dezember 2014 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen,
Objektkredit**

Die Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Antrag des Stadtrats war an der Bürositzung vom 17. September 2014 umstritten.

Dr. Davy Graf (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an die SK FD: Hier geht es um einen Übertrag von Nutzflächen und zwar vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen. Die Flächen werden speziell von OIZ bewirtschaftet. Weil OIZ formell beim Finanzdepartement angegliedert ist, sollte man die Weisung der Spezialkommission Finanzdepartement zuweisen. Natürlich geht es hier auch um Fragen der Immobilienbewirtschaftung, aber in erster Linie geht es um Fragen der IT-Strategie, warum die Räume dauerhaft OIZ zugewiesen werden sollen.

Der Rat lehnt den Antrag des Stadtrats mit 12 gegen 99 Stimmen ab.

Damit ist das Geschäft der SK FD überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

354. 2014/263
Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP) und Andreas Kirstein (AL) vom 27.08.2014:
Verlegung der Haltestelle der Buslinien 61 und 62 beim Bahnhof Affoltern auf die nördliche Seite der Gleise

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

355. 2014/270
Postulat der SP-, FDP-, Grüne- und CVP-Fraktion vom 03.09.2014:
Nutzung des Pavillons beim GZ Leimbach für soziokulturelle Aktivitäten der Quartierbevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

356. 2014/271
Postulat von Peter Küng (SP) und Florian Utz (SP) vom 03.09.2014:
Rechtliche Regelung der privaten Überwachung des öffentlichen Raums durch Videokameras

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

357. 2014/274
Postulat von Eduard Guggenheim (AL) und Adrian Gautschi (GLP) vom 03.09.2014:
Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Abschnitt Bederstrasse/Manessestrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

358. 2014/150

Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2013

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2013 in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 8. September 2014).

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsmehrheit:

Urs Helfenstein (SP): *Wenn unsere Mitmenschen sich wehrlos oder einer mangelnden Kooperationsbereitschaft ausgeliefert fühlen, behandelt solche Fälle die Ombudsfrau. Sie klärt nicht nur ab, sondern muss auch wie keine zweite Person die Verfahren in der Stadt kennen und wissen, wer verantwortlich ist, damit das Problem einer Lösung zugetragen werden kann. Danach kann es auch zu einer Nachbereitung kommen, in der die Ombudsfrau einer Amststelle eine Empfehlung ausspricht, damit ähnliche Fälle zukünftig vermieden werden können. Unabhängigkeit ist das Kapital einer Ombudsstelle. Im Bericht wird ausführlich aufgezeigt, wie das Vorgehen in anderen Städten gehandhabt wird, konkrete Beispielfälle werden angeführt und ein statistischer Teil bildet den Abschluss. Aufgrund des vorliegenden Berichts und eines zweimal im Jahr stattfindenden Austauschs mit der Ombudsfrau, kommt die GPK zum Schluss, dass die Ombudsfrau und ihr Team ihre tägliche Arbeit hervorragend erfüllt und beantragt die Abnahme des Berichts 2013.*

Kommissionsminderheit:

Nina Fehr Düsel (SVP): *Es ist wichtig, dass es eine solche neutrale Funktion gibt. Zu schwerwiegenden Polizeikontrollen sind aber konkrete Abklärungen noch immer ausstehend. Es ist wichtig, dass die Ombudsfrau neutral ist und verhältnismässig gegenüber der Polizei und den restlichen Stellen agiert. Sie muss diskret sein und sich im Hintergrund halten. Einzelfällen sollte nicht zuviel Gewicht gegeben werden. Den Bericht im Allgemeinen und auch die Stellenprozente im Vergleich z. B. zum Datenschutzverantwortlichen finden wir ein wenig aufgebläht. Vorkommnisse müssen wir hinterfragen. Das ist Aufgabe der GPK, weshalb wir den Bericht nicht angenommen haben.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Speziell zu zwei Fällen haben wir Fragen gestellt. Der eine Fall behandelte den Verdacht auf eine Scheinehe. Wir wollten herausfinden, wie die Ombudsfrau in einem solchen Fall vorgeht. Wie die Befragungen abliefen, die dazu führten, dass die zuständige Polizeistelle zum Schluss kam, dass hier keine Scheinehe vorliege. Hier bekamen wir keine ausreichenden Antworten. Beim zweiten Fall ging es um ein Arzzeugnis, das ein Arzt scheinbar erst zwölf Tage später erstellt hatte. Der Arbeitgeber wollte dieses nicht akzeptieren. Das Arzzeugnis wurde aber, nach Behandlung durch die Ombudsfrau, beglaubigt. Auch hier bekamen wir keine Antworten, die uns die Glaubwürdigkeit dieses Arztes bescheinigt hätten. Genau dort, wo es um kritische Fragen geht, die vielleicht, wie im Beispiel des Verdachts auf Scheinehe, auch*

international geführt werden müssen, ist es wichtig, dass wir die notwendigen Informationen bekommen. Unsere Fragen, auch generell zur Zusammenarbeit mit anderen Ombudsstellen, sind nicht beantwortet worden. Aufgrund dieser Arbeitsführung können wir dem Bericht nicht zustimmen.

Andrea Nüssli (SP): *Eine Ombudsstelle hat keine inspektorische Funktion. Sie ist eine Vertrauensstelle, an die man herantritt und daraufhin wird allenfalls etwas eingeleitet. Im Bericht sind diverse Beispiele aufgeführt, die belegen, dass die Ombudsstelle in einem Departement etwas bewirken konnte. Deshalb finden wir die Stelle sehr sinnvoll.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt, den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2013 abzunehmen.

Die Minderheit der GPK beantragt, den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2013 nicht abzunehmen.

Mehrheit: Urs Helfenstein (SP), Referent; Präsident Michael Schmid (FDP), Renate Fischer (SP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit: Nina Fehr Düsel (SVP), Referentin; Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Der Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2013 wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt

**359. 2014/183
Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2013**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Tätigkeitsbericht 2013 des Datenschutzbeauftragten der Stadt Zürich (DSB) in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 25. August 2014).

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsreferent:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Im Zentrum der Berichterstattung steht die Videoüberwachung, die zum Teil problematisch sein kann. Es geht nicht nur ums Generelle, sondern auch um den konkreten Einzelfall, der angeschaut werden muss. Auch die Fragen des Bedrohungsmanagements kommen zur Sprache. Diese Fragen wird die GPK weiter verfolgen, weil dies relevante Sachverhalte beinhaltet. Behandelt wird zudem die Frage, wo es problematisch wird, wenn zwischen Departementen einzelne Daten einfach so ausgetauscht werden. Der Datenschutzbeauftragte überwacht auch die Exekutive. Der Bericht ist zur Annahme zu empfehlen.*

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt, den Tätigkeitsbericht 2013 des Datenschutzbeauftragten abzunehmen.

Zustimmung: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsident Michael Schmid (FDP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP), Maleica Landolt (GLP), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)

Abwesend: Nina Fehr Düsel (SVP), Corinne Schäfli (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 108 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Der Tätigkeitsbericht 2013 des Datenschutzbeauftragten wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt

360. 2014/102 Weisung vom 02.04.2014: Geschäftsbericht des Stadtrats 2013

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2013 (Beilage) wird abgenommen.

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 02.04.2014
- Geschäftsbericht 2013
- Bericht und Antrag der GPK vom 08.09.2013

Statistik betreffend Abschreibungsanträge	
Abschreibungsanträge GPK*	113
Nichtabschreibungsanträge GPK	105
= Total Abschreibungsanträge Stadtrat*	218

* einschliesslich der vom Rat im Jahr 2014 bereits abgeschriebenen Geschäfte GR Nrn. 2002/147, 2009/452, 2010/14, 2010/344 und 2011/273

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionmehrheit:

Michael Schmid (FDP): Anders als in der Vergangenheit hat sich die GPK dieses Jahr von einer kantonsrätlichen Praxis inspirieren lassen und in einem separaten Tätigkeitsbericht bereits ausführlich über ihre Aufsichtsarbeit und Tätigkeit ihrer ständigen Subkommissionen, Einbürgerungen und Polizeidaten im Berichtsjahr orientiert. Der Geschäftsbericht des Stadtrats ist ein wichtiges Instrument für die Prüftätigkeit der GPK, selbstverständlich ist er nur Ausgangspunkt der GPK-Beratungen. Schon im Geschäftsbericht sollten die relevanten Fakten möglichst ungeschminkt auf den Tisch kommen. Der Gemeinderat hat letzten September, auf Antrag von GPK-Mitgliedern einen Beschlussantrag überwiesen, der eine Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats zur Neuregelung der Prüfung und Abschreibung von Postulaten verlangt. Die Umsetzung dieses Beschlussantrags ist noch nicht abgeschlossen, deshalb bleibt es im Rahmen der vorliegenden Geschäftsberichtsberatung beim bisherigen Verfahren. Der Rück-

lauf der Stellungnahmen zum stadträtlichen Abschreibungsantrag war dieses Jahr, auch dank der Unterstützung der Fraktionspräsidien, erfreulich gut. In insgesamt 109 Fällen erfolgte eine Zustimmung zum stadträtlichen Abschreibungsantrag, während in 105 Stellungnahmen begründet wurde, warum der Abschreibungsantrag nicht gutgeheissen werden kann. Die GPK prüft die Stellungnahmen und behält sich aufgrund der vorliegenden Informationen und der Prüfung des Sachverhaltes vor, dem Gemeinderat auch abweichende Anträge zu stellen. Dieses Jahr waren alle Anträge einstimmig, gemäss dem Willen der Postulanten. Die Aufgabe der GPK ist auch die Fristenkontrolle zu überwiesenen Motionen. Der Stadtrat hat im letzten Jahr zu allen fälligen Motionen fristgerecht Antrag an den Gemeinderat gestellt. Das Leistungsniveau in der Stadt ist hoch und die Dienstleistungsqualität, die Tag für Tag für die Bewohnerinnen und Bewohner erbracht wird, im nationalen und internationalen Vergleich ausgezeichnet.

Kommissionsminderheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Ein grosses Thema des Berichts ist die 2000-Watt-Gesellschaft. Wenn der Stimmbürger damals gewusst hätte, wohin eine solche 2000-Watt-Gesellschaft führt, hätte er vermutlich Nein gestimmt. Der zweite rote Faden ist das Fussballstadion. Der Stadtrat hat ein zu kleines Fussballstadion geplant, das aber nicht teuer genug sein konnte. Deshalb muss man sich nicht wundern, dass der Stimmbürger dies ablehnte. Die Veloprüfung des Schul- und Sportdepartements wurde aufgehoben und in den obligatorischen Schulunterricht verlegt. Das ist eine gute Sache, müsste nur auch mit einem Velofahrausweis verbunden werden. Denn wenn man sich anschaut, wie die Velofahrer fahren, wären sehr viele dieser Ausweise bereits wieder eingezogen. Die Bauten des HBD sind sehr kostspielig. Wenn man die 2000-Watt-Gesellschaft durchsetzen will, ohne Rücksicht auf Verlust und Kosten, treibt dies alles in die Höhe. Das DIB schreibt im Bericht, dass ein Windpark in der Nordsee und eine Solaranlage in der Provincia de Murcia realisiert wurden. Hier wäre ein Bericht spannend gewesen, der erläutert, welchen Nutzen diese beiden Anlagen für den Strombenutzer haben. Dramatisch sind die Fahrpläne der VBZ. Immer wird der ÖV gelobt, aber die Züge kommen noch spät nachts an, wenn kein Tram mehr fährt und man sich ein teures Taxi nehmen muss. Die Stadt müsste sich hier mehr durchsetzen. Bei Fahrgastkontrollen werden zudem alle gleich behandelt. Derjenige, der irrtümlich sein Ticket nicht dabei hat genauso wie der bewusste Schwarzfahrer. Wer einem Irrtum unterliegt, wird bereits mit einer schwarzen Liste kriminalisiert. Hier sollte das Personal differenzieren können. Gleichzeitig überfordert man den Automobilisten, wo es nur geht. Keine Kreuzung kommt bald mehr ohne Rotlichtfalle, Radarkontrolle und Temposelbstschussanlage aus. Das GUD schreibt hohe Kosten in der Betreuung von Kranken und älteren Personen. Im Sozialdepartement wurde das Sihlquai aufgelöst und an den Depotweg ausgelagert. Das TED macht vor allem Ideologie für das Velo und gegen das Auto.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *In dem Bericht steht nichts über die Aufwands- und Schuldenentwicklung der Stadt. Bei den Legislatorschwerpunkten 2010/2014 schreibt der Stadtrat, dass die Schwerpunkte Weichen für die Zukunft gestellt hätten. Ich nahm an, dass die Finanzkrise 2008/2009 auch in der Schweiz so eingeschlagen hat, dass sie in der städtischen Arbeit entsprechend berücksichtigt würde. Doch ganz zuoberst als Legislatorschwerpunkt steht die Tanzstadt Zürich. Für die nächste Legislatur will man den Wandel und die Entwicklung von Zürich künftig zusammen mit den politischen Akteuren und der Wirtschaft aktiv begleiten. Doch mit der Wirtschaft wurde wohl nicht geredet. Die Binnennachfrage aus einer Kombination von Zuwanderung, tiefen Zinsen und einer niedrigen Teuerungsrate soll auf dem gleichen Niveau bleiben. Tiefe Zinsen führen aber nicht zu einer zusätzlichen Konsumbereitschaft.*

Mauro Tuena (SVP): Besonders im Tiefbauamt sind an diversen Orten Rechtsstreitigkeiten am Laufen. Im Geschäftsbericht wird das nicht dargestellt. Dafür werden das Central und der Römerhof als positive Beispiele aufgeführt, wobei diese Sanierungen aber nicht einfach so durch alle Instanzen gehen werden. Eingehend thematisiert wird auch die Kunst im öffentlichen Raum. Insbesondere der ÖRBI, den vier Stadträte am Stauffacher einweihen und diesen dann eingehen lassen mussten, weil der Gemeinderat sich dagegen aussprach. Faktisch 99 000 Franken wurden damit vernichtet, weil man ihn jetzt für 1000 Franken nach Basel verkaufte. Der Stadtrat soll doch bitte ein wenig selbstkritischer sein und zugeben, an welchen Orten die Kunst im öffentlichen Raum nicht so angenommen wurde, wie man es sich gewünscht hat.

Nina Fehr Düsel (SVP): Eine Überprüfung des Berichts durch die GPK ist nicht einfach, hier muss zwischen den Zeilen gelesen werden. Im Präsidialdepartement wurden Kennzahlen genannt, bei denen es wichtig wäre, diese verständlicher wiederzugeben und entsprechend zu erläutern. Eine Wegzugstatistik sollte in Zukunft erstellt werden. Kennzahlen des Sozialdepartements zeigen eine rasante Zunahme der Bruttoinvestitionen 2012 bis 2013, unter anderem auch wegen des Strichplatzes. Hier sollten die Erklärungen zu den Veränderungen der Zahlen enthalten sein und positive wie negative Äusserungen wahrheitsgetreu wiedergegeben werden.

Samuel Balsiger (SVP): Die Säulen des Sozialdepartements sind mehr Personalaufwand, Ausgabenwachstum, Aufblähung der Sozialindustrie und Mehrkosten. Die ausufernde Sozialindustrie verhilft unzähligen Psychologen, Sozialarbeitern und Streetworkern zu einer grosszügigen Existenz. Ein solcher verantwortungsloser Umgang mit Steuergeldern kann für die heutigen Steuerzahlenden und die nachkommenden Generationen nicht zielführend sein.

Dr. Daniel Regli (SVP): Im Vorfeld der 1:12-Abstimmung hat sich die Stadtpräsidentin zu Gunsten der Wirtschaft ausgesprochen, was lobenswert ist. Das Präsidialdepartement hat die Aufgabe, das Image von Zürich zu gestalten. Besonders in Oerlikon und in Zürich-West wird deshalb der Städtebau mächtig vorangetrieben. Inmitten des boomenden Quartiers um Primetower und Mobimo-Tower will die Stadt nun ein Asylzentrum bauen. Das ist Profilarchitektur und wurde sicher nicht aus Sicht der Asylanten veranlagt, die inmitten der teuren Wohnlage ihrer Existenz fristen. Dieses Vorhaben wird weder die Asylsuchenden noch die Anwohner zufrieden stellen.

Christine Seidler (SP): Es ist vorbildlich, wie differenziert sich die SVP mit dem Geschäftsbericht auseinandersetzt. Dies haben wir aber auch in der GPK gemacht und unsere Rückfragen wurden transparent selbst zu kritischen Fragen beantwortet. Ein Geschäftsbericht behandelt die Vergangenheit und bekanntlich lernt man aus der Vergangenheit und macht es zukünftig besser. Jeder Parlamentarier kann die Entwicklung der Stadt beeinflussen. Fehler passieren auch in einer Verwaltung und Geschäftsberichte, gleich ob von einer Novartis oder einer UBS, sind immer auch ein wenig Schönwetterberichte.

Roger Liebi (SVP): Die Novartis würde mit 10 Milliarden Franken Gewinn jammern und nicht mit 10 Milliarden Franken Bilanzfehlbetrag. In dem Bericht steht auch, dass die Arbeitslosigkeit nur leicht zurückgehen wird, weil zusätzliche Erwerbstätige zuwandern. Damit wird bestätigt, dass die Zuwanderer nicht zum Rückgang von Arbeitslosigkeit führen, sondern die Quote noch höher wird. In seinem Vorwort schreibt der FV, dass die Attraktivität von Zürich vor allem durch die hohe Qualität der Leistungen der öffentlichen Hand bestünde. Die Leistungsfähigkeit von Zürich basiert hauptsächlich auf dem Gewerbe und dem Finanzplatz.

Mauro Tuena (SVP): Die GPK hat den Geschäftsbericht sehr intensiv behandelt und leistet eine gute Arbeit. In unserem Land gibt es jedoch zwei Dunkelkammern, das ist der Ständerat und die GPK dieses Stadtzürcher Gemeinderats. Niemand in der Öffentlichkeit weiss, was in dieser GPK gefragt wird, weil es so geheim ist. Deshalb ist es wichtig, wenn wir die kritischen Punkte des Geschäftsberichts öffentlich im Gemeinderat behandeln. Das ist die Aufgabe der Opposition.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Fragen, die die GPK gestellt hat, sind Fragen zu einem beschönigenden Geschäftsbericht und bringen nur den Effekt, dass am Ende alles noch viel schöner ist. Das Präsidialdepartement legt relativ viel Wert auf die kulturelle Ausstrahlung von Zürich in die Welt. Die Frage ist jedoch, wo man etwas macht und wo es etwas bewirkt. Ein grosser Teil des Geschäftsberichts wird dem Theaterspektakel gewidmet, das den Stadtzürchern noch etwas bringt. Aber im selben Bericht steht nicht, wieviel man aufwendet, um die Streetparade durchzuführen. Diese dient nur denjenigen, die von weit her in die Stadt reisen. Durch die Terminierung der Streetparade wurde das Theaterspektakel verschoben, das sind falsch gesetzte Prioritäten. Man sollte das fördern, was den Steuerzahlern etwas bringt und nicht das, was nur nach aussen Image bewirkt.

Michael Schmid (FDP): Um sehr rasch und flexibel auf die Schwankungen der Fallzahlen zu reagieren, wurde die AOZ ausgegliedert. Die Leistungen der Stadt sollte man nicht gegen die Leistung des Gewerbes ausspielen. Das gehört zusammen und macht gemeinsam die Qualität der Stadt aus. Die GPK hat einen Tätigkeitsbericht abgeliefert, von Dunkelkammer kann also keine Rede sein. Als Gemeinderatsmitglied hat man zudem laut Geschäftsordnung jederzeit das Recht, alle Unterlagen bei den Parlamentsdiensten einzusehen.

Detailanträge der GPK (Abschreibungsanträge Postulate)

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt den Abschreibungsanträgen der GPK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Michael Schmid (FDP), Referent; Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit:	Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Nina Fehr Düsel (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2013 (Beilage) wird abgenommen.
2. Folgende Geschäfte werden als erledigt abgeschrieben:

Präsidialdepartement

POS 2007/000317	06.06.2007 09.06.2010	Di Concilio Salvatore und Heinrich Uschi Integrationspolitik, Motivation von Arbeitgebenden für Deutschkurse
POS 2007/000649	12.12.2007 09.06.2010	Di Concilio Salvatore und von Matt Hans Urs Sans Papiers, kollektive Regularisierung
POS 2007/000666	19.12.2007 09.06.2010	Katumba Andrew und Makwana-Boss Elisabeth Stadtrundfahrten mit Bussen, klimafreundlicher Betrieb
POS 2010/000486	24.11.2010 15.12.2010	Hug Christina und Garcia Isabel Zürich Tourismus, Förderung von 2000-Wattkompatiblen Angeboten
POS 2011/000357	25.06.2008 28.09.2011	EVP-Fraktion Umwelttechnologie, Impulsprogramm für die Ansiedlung von Unternehmen
POS 2012/000165	11.04.2012 18.04.2012	FDP-Fraktion und GLP-Fraktion Suche neuer Sponsoren für das Junge Schauspielhaus bzw. die Schauspielhaus AG
POS 2009/000306	01.07.2009 12.09.2012	Wepf Mirella und Nielsen Claudia Entwicklung von Zürich zum «Energy-Efficiency Valley» von Europa
POS 2012/000453	05.12.2012 12.12.2012	Wyler Rebekka Regionale Standortförderungsorganisation «Greater Zurich Area» (GZA), Verzicht auf grundrechtswidrige Argumente

Finanzdepartement

POS 2009/000013	14.01.2009 28.01.2009	Angst Walter Gemeinnütziger Wohnungsbau, Rahmenbedingungen für dessen Förderung
POS 2009/000220	27.05.2009 30.09.2009	von Matt Hans Urs und Di Concilio Salvatore Vereinbarung zum Lohngleichheits-Dialog
POS 2007/000566	24.10.2007 07.04.2010	Stucker Rolf und Erfigen Monika Einführung von SAP, elektronische Zustellung von Lohnabrechnungen
POS 2008/000525	19.11.2008 22.12.2010	Kisker Gabriele und Piller Bernhard Boulevardgastronomie, Verbot von Heizstrahlern auf städtischen Grundstücken
POS 2010/000501	01.12.2010 06.04.2011	Wolff Richard und Recher Alecs Areal Hardturmstadion, Verwendung für Zwischennutzungen bis zum Baubeginn des Stadions
POS 2011/000114	06.04.2011 11.05.2011	CVP-Fraktion Ersetzung der Lunch-Checks für städtische Mitarbeitende durch individuelle Essenszulagen

POS	02.11.2011	Angst Walter
2011/000410	16.11.2011	Zuweisung der budgetierten, nicht ausgeschöpften Gelder für Prämien an die Mitarbeitenden der Dienstabteilungen des GUD und des TED
POS	02.11.2011	Jahreiss-Montagnani Fiammetta und Traber Christian
2011/000408	23.11.2011	Verkauf des Grundstücks unterhalb des Restaurants «Bürgli» an die Stiftung PWG oder an eine andere gemeinnützige Institution

Polizeidepartement

POS	04.04.1990	Baur Toni und Schoch Hans
1991/000228	17.04.1991	Autofreie Innenstadt, Realisierung
POS	08.02.1995	Prelicz-Huber Katharina und 8 Mitunterzeichnende
1995/000049	22.03.1995	Hardturmstrasse, teilweise Sperrung
POS	09.02.2000	Dettli Reto und Bögle Heinz
2000/000073	29.05.2002	Heinrichstrasse, Befreiung vom Durchgangsverkehr
POS	07.06.2000	Bögle Heinz
2000/000266	19.06.2002	Josefstrasse zwischen Gasometerstrasse und Luisenstrasse, teilweise Sperrung
POS	09.04.2003	Marolf Hans und Stucker Rolf
2003/000138	09.03.2005	Fischer-Weg und Kloster-Fahr-Weg, Durchsetzung des Fahrverbots
POS	03.06.2009	Ackermann Ruth und Meier Daniel
2009/000240	17.06.2009	Änderung von Ortsschildern in Zürich Nord
POS	29.04.2009	Knauss Markus und Wyss Thomas
2009/000144	16.09.2009	Zufahrt Richtung Zürich im Bereich Heizkraftwerk Aubrugg, Spurreduktion
POS	16.09.2009	Rechsteiner Urs und Virchaux Jean-Claude
2009/000404	30.09.2009	Sicherstellung der feuerwehrtechnischen Versorgung der Quartiere Stettbach und Witikon bis zum Bau einer Brandwache Ost
POS	25.11.2009	Hüssy Kurt und Anderegg Peter
2009/000562	11.12.2009	Reklametafeln vor Ladengeschäften, Verzicht auf Gebührenerhebung
POS	16.12.2009	Mariani Mario und Kunz Hanspeter
2009/000603	13.01.2010	Quartierbezeichnungen auf Ortstafeln an der Stadtgrenze
POS	25.08.2010	Tognella Roger und Jäger Alexander
2010/000344	08.09.2010	Überarbeitung der städtischen Richtlinien und Gebührenordnungen für die Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichem Grund

POS	14.07.2010	Katumba Andrew und Kisker Gabriele
2010/000314	22.09.2010	Einführung einer Tempo-30-Zone im Bereich des Schulhauses Hirschengraben
POS	09.04.2008	Rosenheim Monjek
2008/000173	03.11.2010	Einbahnstrassen, Verbesserung der Signalisation für Radfahrende betreffend Verbot des Gegenverkehrs
POS	13.04.2011	FDP-Fraktion
2011/000124	18.05.2011	eGovernment für die Meldung von Ausweisverlusten sowie für weitere Bagatellanzeigen
POS	01.04.2009	Bachmann Hans und Anderegg Peter
2009/000120	22.06.2011	Pannenhilfefahrzeuge, Verkehr auf Bus- und Tramspuren
POS	24.06.2009	Katumba Andrew und Butz Marlène
2009/000284	22.06.2011	Vermehrter Temporär-Einsatz mobiler Geschwindigkeitsanzeigen
POS	30.09.2009	Rosenheim Monjek und Hohl Marc
2009/000445	31.08.2011	Stadtpolizei, Verbesserung der Effizienz innerhalb der Notrufzentrale
POS	30.11.2011	Bartholdi Roger und Scheck Roland
2011/000443	16.12.2011	Sicherstellung der Submissionsverfahren bei der Sanierung der Lichtsignalanlagen

Gesundheits- und Umweltdepartement

POS	11.06.2003	Im Oberdorf Bernhard und Ulcay-Hauser Raphaela-Franziska
2003/000206	25.06.2003	Südanflüge, Vermeidung
POS	28.01.2004	Im Oberdorf Bernhard
2004/000045	25.02.2004	Gekröpfter Nordanflug, umgehende Anwendung bei guten Wetterverhältnissen
POS	02.02.2011	Grüne-Fraktion
2011/000045	18.05.2011	Einführung der SwissDRG-Fallpauschalen, Moratorium zur Klärung offener Fragen
POS	04.02.2009	Straub Esther und Kisker Gabriele
2009/000055	29.06.2011	Altersheime, Gutscheine für nicht bezogene Hauptmahlzeiten
POS	11.06.2008	Grüne-Fraktion
2011/000243	29.06.2011	Dachflächen, Nutzung und Gewinnung von Solarwärme
POS	25.11.2009	Nielsen Claudia und Dubs Früh Marianne
2009/000552	29.08.2012	Energiebuchhaltung für städtische Bauten, Vorlage eines Berichtes

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

POS	25.08.1993	Baur Toni und Keller Ueli
1993/000410	27.10.1993	Üetlibergtunnel, Massnahmen im Zusammenhang mit der Eröffnung
POS	07.07.1998	Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung
1998/000217	19.08.1998	Gestaltung Kreuzplatz, Verbesserung der Verhältnisse
POS	22.03.2000	Schönbächler Robert und 11 Mitunterzeichnende
2000/000130	04.12.2002	Sportanlage Sihlhölzli, Erstellung von Lärmschutzwänden
POS	18.12.2002	Schönbächler Robert und Nielsen Claudia
2002/000561	08.01.2003	Theaterplatz und Münsterhof, Veloverbindungen
POS	20.12.2002	Birrer Susann und Nielsen Claudia
2002/000567	08.01.2003	Münsterhof, Freihaltung von baulichen Massnahmen und Einbezug in das Konzept «Plan lumière»
POS	29.03.2000	Prelicz-Huber Katharina und Spring-Gross Monika
2000/000147	22.01.2003	Hardturmstrasse, Erstellung von Verbindungswegen und Grünräumen
POS	04.12.2002	Birrer Susann und Piesbergen Monika
2003/000078	05.03.2003	VBZ, Halbinsel-Lösung für die Haltestelle Fluntern
POS	28.06.2000	Hug Christoph und Knauss Markus
2003/000079	05.03.2003	S-Bahnhöfe, Verbesserung der Zugänglichkeit
POS	06.11.2002	Danner Ernst und Furter Willy
2002/000470	02.04.2003	Internationale Bahnverbindungen, beschleunigter Ausbau
POS	24.11.2004	Butz Marlène und Leupi Daniel
2004/000622	31.01.2007	Quaianlagen zwischen Landiwiese und Arboretum, Entflechtung von Fuss- und Veloverkehr
POS	25.10.2006	Kappeler Thomas und Schönenberger-Meier Katrin
2006/000460	08.11.2006	Luftseilbahn Stettbach-Zoo, Verhinderung von Parkplatzsuchverkehr
POS	06.12.2006	Butz Marlène und Hensch-Stadelmann Theresa G.
2006/000578	31.01.2007	Hafen Enge und Arboretum, Verbesserungsmaßnahmen für die Veloroute
POS	09.01.2008	Reimann Beatrice und Katumba Andrew
2008/000004	26.03.2008	Hohlstrasse, Abbau von Parkplätzen zwischen Kern- und Herbartstrasse
POS	23.08.2006	Leupi Daniel und Kisker Gabriele
2008/000448	24.09.2008	Mutschellenstrasse, Realisierung eines Hauptstrassenraums gemäss Verkehrsplan
POS	17.12.2008	Anhorn Ruth und Leiser Albert
2008/000578	14.01.2009	Pacht von Familiengartenarealen, Entsorgung von Sperrgut im Werdhölzli

POS 2009/000028	21.01.2009 04.02.2009	Stähli-Barth Peter, Sidler Bruno und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, koordinierte Weiterarbeit mit den SBB
POS 2009/000029	21.01.2009 04.02.2009	Sidler Bruno, Stähli-Barth Peter und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, attraktives Erscheinungsbild
POS 2009/000142	29.04.2009 27.05.2009	Wenger Christian und Blöchlinger Patrick Abbruch der Sihlhochstrasse
POS 2009/000145	29.04.2009 19.08.2009	Reimann Beatrice und Leupi Daniel Erweiterungsabsichten für Züri Zoo, griffiges Verkehrskonzept
POS 2008/000008	09.01.2008 26.05.2010	Anderegg Peter und Danner Ernst Quartierteile beim Bahnhof Affoltern, Unterführung für den Ver- kehr
POS 2008/000093	27.02.2008 02.06.2010	Reimann Beatrice und Meuli Myrtha Birmensdorfer- und Werdstrasse, Änderung des Verkehrsre- gimes
POS 2009/000452	30.09.2009 25.08.2010	Käppeli Hans Jörg und Elmer Lück Annamarie Fussgänger- und Fahrradunterführung beim Bahnübergang Blu- menfeldstrasse, beschleunigte Realisierung
POS 2010/000313	14.07.2010 22.09.2010	Katumba Andrew und Kisker Gabriele Umgestaltung des Fussgängerübergangs am Seilergraben, Kreuzung Hirschengraben
POS 2009/000009	07.01.2009 10.11.2010	Mariani Mario und Mächler Martin Schlittelweg Uetliberg-Hohenstein-Triemli, Ausbau einer Alterna- tive
POS 2009/000094	11.03.2009 10.11.2010	Bürlimann Martin und Hüssy Kurt Velo-Parkplätze, Einzug nicht benützter Fahrräder
POS 2010/000472	17.11.2010 01.12.2010	Bartholdi Roger und Bürlimann Martin Prüfung von Alternativen zur Verwendung von Streusalz im Win- terdienst
POS 2009/000447	30.09.2009 19.01.2011	Strub Jean-Daniel und Glättli Balthasar Haltestelle Opernhaus, Durchfahrt für Fahrräder
POS 2009/000503	04.11.2009 19.01.2011	Hauri Theo und Steger Heinz F. Strassenkreuzung Glattalstrasse/Schaffhauserstrasse, Nichtrea- lisierung der Sanierung
POS 2009/000504	04.11.2009 19.01.2011	Steger Heinz F. und Hauri Theo Einstellung der Umgestaltung der öffentlichen Parkplätze vor der Liegenschaft Schaffhauserstrasse 520
POS 2009/000515	11.11.2009 09.03.2011	Spieler Frauenfelder Marianne und Jahreiss-Montagnani Fiam- metta Periphere Bahnhöfe, hindernisfreie Umgestaltung

POS 2009/000517	11.11.2009 09.03.2011	Wepf Mirella und Heinrich Uschi Erstellung eines Spiel- und Fitnessparcours für ältere Generationen
POS 2010/000473	17.11.2010 21.12.2011	Probst Matthias und Hug Christina Verzicht auf die Verwendung von Laubbläsern bei der Reinigung
POS 2011/000481	14.12.2011 21.12.2011	Mächler Martin Tiefbauamt, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der Ersatzbeschaffung von zwei Lastwagen
POS 2011/000482	14.12.2011 21.12.2011	Mächler Martin ERZ, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der Ersatzbeschaffung der Sammelfahrzeuge für die Bioabfallsammlung
POS 2010/000499	01.12.2010 07.11.2012	Probst Matthias und Luchsinger Martin Möglichkeit zur Entsorgung von Sperrmüll für die nichtmotorisierte Quartierbevölkerung rund um das Kehricht-Heiz-Kraftwerk Josefstrasse

Hochbaudepartement

POS 2004/000473	08.09.2004 10.11.2004	Cerliani Pierino und 6 Mitunterzeichnende Planung, Stadtentwicklung und Architektur, Förderung des Dialogs
POS 2009/000271	17.06.2009 01.07.2009	Savarioud Marcel und Meuli Myrtha Gemeinsamer Planungsprozess im Gebiet Überlandstrasse, Sagentobelbachweg, Glatt und Brücke zum Glattzentrum
POS 2009/000571	02.12.2009 11.12.2009	Tozzi Lucia und Badran Jacqueline Immobilienbewirtschaftung (IMMO), Überprüfung der Strategien und Prozesse durch einen externen Anbieter
POS 2010/000189	14.04.2010 21.04.2010	Spezialkommission HBD/SE Frühzeitiger Einbezug von stadinternem Know-How bei der Planung grosser Wärme- und Kälteerzeugungsanlagen
POS 2009/000308	01.07.2009 13.04.2011	Bürlimann Martin und Wohler Bruno Beseitigung von Vorschriften, die private Investitionen in private Solarzellen behindern oder verhindern
POS 2011/000273	06.05.2009 06.07.2011	Kisker Gabriele und Knauss Markus Privater Gestaltungsplan Belvoirpark, neue Weisung mit angepassten Bedingungen
POS 2010/000479	17.11.2010 29.08.2012	Ledergerber Zora und Wiesmann Matthias Senkung der Kosten bei Bauprojekten sowie Vereinfachung der städtischen Bauvorschriften und Bewilligungsverfahren
POS 2010/000522	08.12.2010 29.08.2012	AL-Fraktion Umnutzungsplanung der SBB-Areale entlang der Zollstrasse
POS 2012/000494	19.12.2012 06.02.2013	Knauss Markus und Wyss Thomas Schulanlage Blumenfeld, Sicherstellung eines attraktiven Aussenraums für die Schulkinder

POS	14.09.2011	Dubno Samuel und Luchsinger Martin
2011/000336	13.03.2013	Beflagungsreglement der Stadt Zürich, Aufnahme des Wappens der Gesellschaft zu Fraumünster als 27. Zunftflagge
POS	01.02.2012	Bosshard Gerhard und Piller Bernhard
2012/000046	13.03.2013	Nutzung der Wärme-Kraft-Kopplung (WKK) bei Totalsanierungen stadt-eigener Heizungsanlagen

Departement der Industriellen Betriebe

POS	07.03.2001	Hug Adrian und 14 Mitunterzeichnende
2001/000115	10.09.2003	Albisriederplatz-Bucheggplatz, Schaffung einer zusätzlichen Buslinie
POS	07.04.2004	Graf Wüthrich Franziska und Schmid Georg
2004/000203	25.05.2005	VBZ-Haltestellen an der Rosengartenstrasse, Umbenennung in «Provisorium»
POS	18.05.2005	Reimann Beatrice und Danner Ernst
2005/000191	08.06.2005	Sportanlage Juchhof I und III, Verbesserung der Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
POS	13.04.2005	Mauch Corine und Odermatt André
2005/000141	15.06.2005	Öffentlicher Verkehr in der Stadt Zürich, Bericht zur langfristigen Planung
POS	03.05.2006	Rabelbauer Richard und Schönbächler Robert
2006/000134	14.06.2006	Personen- und Nutzfahrzeuge, Förderung abgasarmer und umweltschonender Antriebssysteme
POS	09.01.2008	Anderegg Peter und Danner Ernst
2008/000007	23.01.2008	VBZ-Busverbindungen ab Bahnhof Affoltern, Fahrplan in Stosszeiten
POS	01.04.2009	Butz Marlène und Aubert Marianne
2009/000117	06.05.2009	VBZ, Informationen zum Haltestellentyp
POS	29.09.2010	Piller Bernhard und Wepf Mirella
2010/000412	27.10.2010	Erdgas Zürich AG, effiziente Nutzung des Energieträgers Erdgas
POS	04.03.2009	Blöchlinger Patrick und Brasser Ueli
2009/000081	26.01.2011	Anwerbung von Personal im Ausland
POS	10.06.2009	Piller Bernhard und Wyss Thomas
2009/000260	26.01.2011	Erhöhung Anteil Sonnenkollektoranlagen bei Projekten ewz im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen
POS	25.06.2008	EVP-Fraktion
2011/000026	26.01.2011	ewz, Finanzierung von Doktorandinnen- und Doktorandenstellen an Hochschulen
POS	13.04.2011	Rabelbauer-Pfiffner Claudia und Mächler Martin
2011/000128	25.05.2011	Einführung von Wasserwirbelkraftwerken in der Stadt Zürich
POS	11.05.2011	Hänni-Etter Cäcilia und Hagger Joachim
2011/000146	25.05.2011	Erstellung eines Kleinkraftwerkes zur Stromerzeugung im Bereich Sihlhölzli

POS	06.07.2011	Piller Bernhard
2011/000263	21.09.2011	Abbruch der Geschäftsbeziehungen mit der Firma Rosatom
POS	09.11.2011	Rabelbauer-Pfiffner Claudia und Mächler Martin
2011/000423	12.06.2013	Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei Neu- bzw. Ersatzanschaffungen von Dienstfahrzeugen

Schul- und Sportdepartement

POS	15.05.2002	Fraktion Freisinnig-Demokratische Partei
2002/000147	18.12.2002	Gewalt von Jugendlichen, Bericht
POS	06.11.2002	Erfigen Monika und Peter Karin
2002/000471	07.09.2005	Drogen und Alkohol, Nulltoleranz an den Schulen
POS	02.07.2008	CVP-Fraktion
2008/000319	21.09.2011	Volksschule, Auszeichnungen für ausserordentliche schulische Leistungen oder Projekte
POS	17.06.2009	Stucker Rolf und Wohler Bruno
2009/000272	02.11.2011	Einflussnahme bezüglich Ansetzung von Hochrisikospielen im Letzigrund
POS	01.07.2009	Barzotto Myriam
2009/000304	02.11.2011	Flächendeckendes Angebot einer Mittagsbetreuung in jeder Schuleinheit mit Oberstufe
POS	01.07.2009	Seidler Christine und Jacobi Heinz
2009/000321	02.11.2011	Kampagne zur vermehrten Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln im Bereich «Sportliche Aktivitäten und Veranstaltungen»
POS	05.10.2011	CVP-Fraktion
2011/000381	07.12.2011	Verstärkte Personenkontrolle beim Einlass zu den Heimspielen des FCZ und GCZ
POS	07.12.2011	Nüssli-Danuser Andrea und Hochreutener Andrea
2011/000467	17.12.2011	Freiwilliger Schulsport, Angebot von zusätzlichen Sportkursen

Sozialdepartement

POS	28.03.2007	Danner Ernst und Meier Daniel
2007/000168	05.11.2008	Integration von Kleinkindern aus fremdländischen Kulturen, Kursangebot
POS	01.04.2009	Bischof Jris und von Matt Hans Urs
2009/000115	06.10.2010	Einrichtung für Jugendarbeit im Quartier Friesenberg
POS	06.01.2010	Bloch Süss Monika und Wyss Thomas
2010/000014	06.10.2010	Bericht zur Armutssituation in der Stadt Zürich

POS	13.07.2011 ¹	Sangines David Alan und Heinrich Uschi
2011/000296 ³	14.09.2011 ²	Einsetzung einer Begleitgruppe zur Evaluierung der Erfahrungen mit dem Betrieb des Strichplatzes

1 = Eingangsdatum, 2 = Überweisungsdatum, 3 = GR Nr.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation der Ziffer 1 am 24. September 2014 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

361. 2014/95

Motion von Fabienne Vocat (Grüne), vertreten durch Markus Knauss (Grüne), vom 26.03.2014:

Einführung von Qualitätssicherungs- und Entlastungsmassnahmen für die Polizistinnen und Polizisten der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4841/2014): *Polizistinnen und Polizisten arbeiten in einem sehr schwierigen Umfeld. Offenbar gibt es auch von Seiten des Stadtrats hier einen gewissen Handlungsbedarf. Polizistinnen und Polizisten sind Vertreter des staatlichen Gewaltmonopols, es gibt also einen Anspruch der Gesellschaft, dass die Beamten ausgeruht und ausgeglichen ihren Job machen. Sie müssen in der Lage sein, mit Augenmass zu arbeiten und verhältnismässig zu agieren. Dafür ist es unabdingbar, dass sie negative Erfahrungen, die sie zwangsläufig machen, gut verarbeiten. Wer eine professionelle und qualitativ hochstehende Polizeiarbeit möchte, muss die Motion unterstützen. Mit einer nachfolgenden Weisung kann immer noch im Detail geklärt werden, welche Entlastungsmassnahmen weniger sinnvoll sind. Schliesslich geht es hier um eine kreditschaffende Vorlage.*

Marc Bourgeois (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 14. Mai 2014 gestellten Ablehnungsantrag: *In der Motion geht es nicht nur um Qualitätssicherheit und Entlastungsmassnahmen. Es geht auch um Supervision und Coaching. Es ist ein Verschleissjob in Zürich Polizist zu sein. Das Durchschnittsalter der Streifenpolizisten ist relativ niedrig, weil man die Arbeit nicht ewig machen kann. Die Probleme, mit denen die Polizei in dieser Stadt konfrontiert wird, kann man entweder versuchen zu lösen oder man kann die Symptome bekämpfen. Die Polizisten hätten lieber Lösungen, die sie wirklich entlasten. Grundsätzlich gibt es schon solche Angebote, die sie nutzen können, wenn sie belastenden Situationen ausgesetzt sind. Es ist also nur ein zusätzliches Angebot, das mehr kostet. Mit diesem Geld sollten wir vielleicht lieber eine oder zwei Polizeistellen mehr schaffen. Wir wollen eine Polizei mit einem starken Rücken, die sich durchsetzen kann und keine, die das nicht kann und zum Schluss von Psychologen betreut und gecoacht werden muss. Das ist der falsche Ansatz.*

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP) beantragt Umwandlung in ein Postulat: *Zwei Sachen stören Polizistinnen und Polizisten auf Zürichs Strassen. Zum einen, dass Personen, die sie am Vortag verhaftet haben, am anderen Tag wieder auf der Strasse stehen. Andererseits der fehlende Respekt und die grundsätzlich negative Haltung gegenüber Polizistinnen und Polizisten. Dies wurde mir gesagt, als ich einen Abend lang mit einer Patrouille unterwegs war. Die GLP begrüsst die Unterstützung durch den Arbeitgeber. Wir sehen es sogar als Pflicht des Arbeitgebers, bei einem derartigen Job, der solch eine anspruchsvolle und teils nervenaufreibende Arbeit mit sich bringt. Die Stadtpolizei hat*

das Thema schon vor dem Einreichen der Motion erkannt. Im strategischen Plan der Stapo 2013 bis 2017 steht, dass die Begleitung von betroffenen Mitarbeitenden, die Gewalterfahrung im Einsatz erlebt haben, konsequent umgesetzt sei. Ein gutes Debriefing mit Vorgesetzten ist sicher auch wichtig, damit die erfahreneren Persönlichkeiten auch aktiv ihre Coachingfunktion wahrnehmen können oder Dritte als Experten zuziehen können. Das gibt es alles schon heute. Es ist aber nicht so, dass dies jede Polizistin und jeder Polizist in Anspruch nehmen will. Dem Stadtrat soll nun der Auftrag gegeben werden, für mindestens zwei Millionen Franken weitere Qualitätssicherungs- und Entlastungsmassnahmen umzusetzen. Es darf nicht geduldet werden, dass irgendjemand von jemand anderem angespuckt, beschimpft oder bedroht wird. Das Thema muss noch verstärkt priorisiert werden, dafür sollen aber keine zusätzlichen Mittel eingesetzt werden. Wir unterstützen den Vorstoss deshalb als Postulat, lehnen ihn als Motion jedoch klar ab.

Marianne Aubert (SP): Coaching und Supervision bedeutet mehr als Händchenhalten. Dies sind wichtige Instrumente zur Personalführung, das eigene Verhalten zu hinterfragen und auf die Situationen einzugehen, die die Polizistinnen und Polizisten tagtäglich draussen erleben. Damit ist nicht das Angebot der Polizeiseelsorge gemeint, das einen ganz anderen Bereich abdeckt. Coaching und Supervision verstehen wir hier als Steuerungsinstrument für die ganze Mannschaft. Für uns ist es wichtig, dass es eine regelmässige Weiterbildung gibt, die für alle gilt und nicht nur in dem Moment, wenn etwas passiert ist. Wir möchten, dass die Polizistinnen und Polizisten, die teuer ausgebildet wurden, möglichst lange im Amt bleiben.

Karin Weyermann (CVP): Die Reaktion von Polizistinnen und Polizisten auf die Motion war, dass sie sich nicht noch mehr administrativen Aufwand wünschen. Wirkliche Entlastung würde ihnen ihrer Meinung nach nur personelle Aufstockung bringen. Sie haben bereits Angebote, die sie nutzen können. Es wird auch viel intern untereinander geregelt, in den Pausen oder im Streifenwagen. Dann werden die belastenden Themen aufgenommen und beredet. Sie wollen keine Supervision oder Coaching, weshalb auch die CVP die Motion ablehnt.

Walter Angst (AL): Auch wir finden, dass es nötig ist, dass man Polizistinnen und Polizisten unterstützt. Dies ist aber nicht notwendig mit einer Weisung vom Gemeinderat und der Umsetzung eines Megaprogramms. Wir sind deshalb der Meinung, dass man mit einer Umwandlung in ein Postulat mehr erreichen kann.

Markus Knauss (Grüne) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Da der Polizeivorsteher uns zugesichert hat, dass in dieser Richtung einiges unternommen wird, sind wir damit einverstanden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Einige Situationen gehen sehr nahe und benötigen eine Aufbereitung. Es bestehen nicht nur seelsorgerische Programme, sondern auch psychologische und verschiedene Arten von Coaching. Dieses Angebot kann jedoch noch verbessert werden. Die Situation an der Front hat sich in den letzten Jahren verschärft, mit ihr die Spannung und Bedrohungen. Hier müssen wir nachziehen und zusätzliche Massnahmen ergreifen, um die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten einfacher, besser und erträglicher zu gestalten. Es geht dabei nicht um ein Ausspielen von mehr Polizisten gegen mehr Psychologen, sondern darum, die Polizisten die man hat, gut zu begleiten, damit sie länger ihren Job ausüben können.

Das Postulat GR Nr. 2014/293 (statt Motion GR Nr. 2014/95, Umwandlung) wird mit 70 gegen 43 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

362. 2014/107

Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 02.04.2014:

Verbesserung der Sicherheit zwischen Stauffacher und Sihlporte mit einem Velostreifen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Markus Knauss (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4872/2014): Im regionalen Richtplan gibt es einen Eintrag zur Uraniastrasse und zur Sihlstrasse, Der Eintrag bedeutet, dass der Regierungsrat selbst vorgeschlagen hat, den Autoverkehr auf einer Achse zu konzentrieren und auf der anderen Achse zu entlasten. Mit einem solchen Planungsinstrument, das eine starke Verbesserung für den Veloverkehr bringt, könnte auch die wichtigste Zulaufstrecke dieser Veloachse quer durch die Innenstadt entsprechend ausgestaltet werden. Das ist aber nicht der Fall. Zwischen Stauffacher und Sihlporte muss dringend noch etwas gemacht werden. Genügend Platz ist dort vorhanden. Der Autoverkehr kann rollen und man könnte auf den breiten Trottoirs ein wenig Raum für eine Velostrecke konzipieren. Die gesamte Umgestaltung für den Veloverkehr nützt wenig, wenn an einem zentralen Punkt solch eine Lücke vorhanden ist.*

***Marc Bourgeois (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 14. Mai 2014 gestellten Ablehnungsantrag: Mit dem Vorstoss wird Sicherheit gefordert und Komfort gemeint. Die Verbindung in die Innenstadt ist an dieser Stelle für Velos ein wenig unterbrochen, weil kein Velostreifen auf der Brücke existiert. Dies, weil dort das Tram fährt und es relativ eng ist. Das ist aber nicht nur ein Nadelöhr für Velos, sondern auch für Autos. Trotzdem ist es keine besonders gefährliche Stelle. Es ist problematisch, den Veloverkehr im Fussgängerbereich auf die Brücke zu verlagern. Eine Verbreiterung der Brücke würde zu hohe Kosten verursachen. Es gibt in einer Stadt immer gewisse Engpässe, die nicht zur Befriedigung aller gelöst werden können.*

Weitere Wortmeldungen:

***Guido Trevisan (GLP):** Grundsätzlich soll eine direkte und attraktive Verbindung zwischen drei Masterplanrouten existieren. Die nächste mögliche Verbindung führt entweder über die Stauffacherbrücke oder über die Gessnerbrücke in Richtung Hauptbahnhof. Wenn man die Spur stadtauswärts nicht abbauen würde und das Tram auf dem gleichen Trassee bleiben würde, könnte man auf dem Trottoir auf der Südseite der Brücke einen minimalen Velostreifen zur Verfügung stellen. Das grösste Platzproblem liegt allerdings nicht auf der Brücke, sondern im Abschnitt des heutigen Athleticums, wo die Trottoirs relativ schmal sind. Wir sehen die Herausforderung, die ein solches Vorhaben mit sich bringt. Wir finden die Idee aber prüfenswert und unterstützen das Postulat.*

***Mauro Tuena (SVP):** Die Spur des motorisierten Individualverkehrs ist dort jetzt schon sehr eng. Wir lehnen es natürlich ab, dass diese noch mehr eingeschränkt wird. Der Regierungsrat hat klar gesagt, dass man unter Umständen von einer Verkehrsänderung über die Uraniastrasse und Sihlstrasse reden kann, wenn ein Ring um die Stadt voll-*

ständig vorhanden ist. Das ist nicht der Fall. Solange die Problematiken nicht gelöst sind, ist es unmöglich, hier eine Verkehrsverengung zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs herbei zu führen. Eine Brückenverbreiterung ist genauso wenig möglich, wie eine Verschmälerung des Trottoirs auf einer Brücke, die von sehr vielen Leuten frequentiert wird. Das Postulat ist deshalb abzulehnen.

Andreas Edelmann (SP): *Als Velofahrer fühlt man sich dort unsicher. Deshalb ist es nicht nur ein Komfortthema. Es besteht dort ein Handlungsbedarf, die Situation zu verbessern. Wir möchten dem Stadtrat die Gelegenheit geben, hier alle Optionen zu prüfen.*

Das Postulat wird mit 73 gegen 38 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

363. 2014/118

Postulat von Pascal Lamprecht (SP) und Alan David Sangines (SP) vom 09.04.2014:

Markierung eines Fussgängerstreifens auf der Albisriederstrasse auf der Höhe Lyrenweg/Im Kratz

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Pascal Lamprecht (SP) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4898/2014): Die Situation auf der Albisriederstrasse ist für Fussgänger unbefriedigend. Seit der Sanierung und trotz der Einführung der Tempo-30-Zone, ist ein sicheres Überqueren der Strasse nicht immer gewährleistet. Weil der Strassenverlauf unübersichtlich und ungünstig ist, wäre ein zusätzlicher Fussgängerstreifen hier angebracht. In Stosszeiten bleibt die Strasse ein beliebter, hochfrequentierter Schleichweg für Autolenker und als Fussgänger muss man eine halbe Ewigkeit warten, bis man die Strasse überqueren kann. Auf der westlichen Strassenseite liegt ein Wohnquartier mit einem Naherholungsgebiet und auf der östlichen Strassenseite befindet sich quartierübliche Infrastruktur. Zusätzlich gibt es dort Schulen. Ein Lichtsignal, wie es vor der Sanierung angebracht war, ist nicht mehr notwendig. In der Verordnung über Tempo-30-Zonen sind Fussgängerstreifen verboten, ausser in Ausnahmefällen wenn Schulen oder Heime in der Nähe liegen. Unser Ziel ist keine grossflächige Einführung von Zebrastreifen in Tempo-30-Zonen. Es geht hier nur darum, in diesem konkreten Fall die Sicherheit zu erhöhen.*

Roland Scheck (SVP) *begründet den namens der SVP-Fraktion am 14. Mai 2014 gestellten Ablehnungsantrag: Weil man nicht zugeben will, dass es hier nur um eine Verkehrsbehinderung des Autoverkehrs geht, argumentiert man mit einer Verbesserung der Lebensqualität und Erhöhung der Verkehrssicherheit. Das Einrichten einer Tempo-30-Zone bedingt, dass die gesamte Signalisation aufgehoben wird. Dadurch wird der Autoverkehr eingeschränkt und die Verkehrssicherheit ist damit trotzdem nicht gegeben. Sie nimmt nämlich ab. Mit dem Vorstoss soll nun die Signalisationsverordnung verletzt werden. Dies, obwohl man schon immer genau wusste, was darin festgehalten wird und welche Konsequenzen eine Tempo-30-Zone mit sich bringt. Die einzig machbare Lösung ist, die Albisriederstrasse wieder in ihren Ursprungszustand zurück zu setzen. Vorher gab es dort keine Sicherheitsprobleme.*

Weitere Wortmeldung:

Marc Bourgeois (FDP): Grundsätzlich ist die Anlegung eines Fussgängerstreifens in einer Tempo-30-Zone nicht zulässig. Dennoch darf ein Fussgängerstreifen angebracht werden, wenn diesen besondere Vortrittsbedürfnisse für Fussgänger erfordern. Sieht man sich das Verkehrsaufkommen an dieser Stelle an, wird hier aus sicherheitstechnischen Gründen ein Fussgängerstreifen benötigt. Kinder sind mit der Verordnung über Tempo-30-Zonen völlig überfordert. Das Postulat zeigt, dass man nun ein Symptom bekämpfen muss in einem Abschnitt, der unbedingt Tempo 30 eingerichtet werden musste, obwohl er vom Verkehrsaufkommen her nicht geeignet ist für Tempo 30. Wir wollen aber nicht stur sein und akzeptieren die Situation wie sie ist. Für uns ist klar, dass es dort einen Fussgängerstreifen braucht. Daher unterstützen wir diesen Vorstoss.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Die Tempo-30-Zone wurde aus Sicherheitsgründen auf der Albisriederstrasse eingeführt. Trotzdem herrscht dort nach wie vor keine sichere Situation. Genau darum gibt es diesen Passus besondere Vortrittsbedürfnisse für Fussgänger, der erlaubt in einer Tempo-30-Zone trotzdem einen Fussgängerstreifen anzubringen. Das werden wir prüfen.

Das Postulat wird mit 92 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

364. 2014/163

Postulat von Marcel Bührig (Grüne) und Simone Brander (SP) vom 21.05.2014: Rettungsfahrzeuge von Schutz und Rettung sowie Einsatzfahrzeuge der Stadtpolizei, Ausrüstung mit einem Verkehrspriorisierungssystem

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Marcel Bührig (Grüne) begründet das Postulat und zieht es zurück (vergleiche Beschluss-Nr. 84/2014): Es ist wichtig, ein Verkehrspriorisierungssystem für Rettungsfahrzeuge von Schutz & Rettung Zürich sowie Einsatzfahrzeuge der Stadtpolizei zu haben. Rettungskräfte, die Leben retten, müssen schnell ans Ziel kommen. Andere Städte haben bereits ein solches Verkehrspriorisierungssystem eingeführt. In Zürich benutzen die Rettungsfahrzeuge oft Tramschienen oder Busstreifen, um schneller voran zu kommen. Es gibt aber Quartiere, wo es keine Tramschienen gibt, dort wäre ein Verkehrspriorisierungssystem angebracht. Da das vorhandene System aus anderen Städten aber in Zürich aus technischen Gründen nicht einfach eins zu eins übernommen werden kann, ziehen wir unser Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

365. 2014/227

**Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Felix Moser (Grüne) vom 02.07.2014:
Personalwerbung der Stadtpolizei, Ausrichtung auf das Anforderungsprofil sowie
Berücksichtigung der gesellschaftlichen Wertschätzung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 226/2014): *Mittels Zusatzkrediten wollten wir der Stadtpolizei gerne mehr Mittel für Personalwerbung zur Verfügung stellen, was leider abgelehnt wurde. Das grundsätzliche Problem in der Stadt ist, dass wir keine Polizistinnen und Polizisten rekrutieren können, die effektiv in Zürich wohnhaft sind. Wir können keinen Einfluss darauf nehmen, dass der Polizeiberuf in der Öffentlichkeit immer noch einen schlechten Ruf genießt. Doch der Stadtrat könnte sich Gedanken machen, wie man den Polizeiberuf den effektiven Anforderungen anpassen kann. Polizist sein heisst auch, den Rechtsfrieden herzustellen und verhältnismässig zu handeln. Das ist eine sehr komplexe Aufgabe, die Personen fordert, die aus der Stadt sind. Sie kennen sich mit sozialen Milieus aus und bringen die hohen sozialen und kommunikativen Kompetenzen mit. Dies soll auch in der Werbung für den Beruf zum Ausdruck kommen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Wir setzen das, was das Postulat fordert, schon um. Die aktuelle Kampagne ist genau darauf ausgerichtet. Sie spricht vor allem Frauen an, die im Polizeikorps noch zu wenig vertreten sind, Personen, die in Zürich aufgewachsen sind, hier leben und einen direkten Bezug zur Stadt haben sowie Personen mit Migrationshintergrund. Wir verweisen darin auch auf die achtmal jährlich stattfindenden Informationsabende, an die wir Interessentinnen und Interessenten einladen. Dort kann das direkte Gespräch mit Polizistinnen und Polizisten sowie Ausbildungsexperten gesucht werden. Mit unserem mehrstufigen Selektionsverfahren können wir danach soweit wie möglich die Personen auswählen, die die notwendigen sozialen und kommunikativen Kompetenzen mitbringen.*

Das Postulat wird mit 58 gegen 54 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

366. 2014/273

**Postulat von Marcel Bührig (Grüne) und Christina Hug (Grüne) vom 03.09.2014:
Umbenennung der FIFA-Strasse im Quartier Fluntern**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Marcel Bührig (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 321/2014): *2004 benannte der Stadtrat den damaligen Adolf-Jöhr-Weg in die FIFA-Strasse um. Die FIFA-Strasse ist ein Exempel dafür, dass die Stadt die unhaltbare Menschenrechts- und Bestechungspolitik, die die FIFA betreibt, toleriert wenn nicht gar unterstützt. An den Fussballweltmeisterschaften in Südafrika wurden in Kapstadt mehrere Fussballfans überfallen und ausgeraubt. Die zwei Täter wurden einen Tag danach festgenommen und wiederum einen Tag später von einem FIFA-Gericht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Offensichtlich hatten sie also kein Anrecht auf ein anständiges Verfahren. 2003 hat*

die brasilianische Regierung ein Gesetz erlassen, das den Verkauf von Alkohol in Fussballstadien verbietet. Dies wurde veranlasst, weil es davor immer wieder Todesfälle gab, ausgelöst durch den Konsum von Alkohol und dadurch resultierende Gewalt. Für die Fussballweltmeisterschaft in Brasilien wurde diese gesetzliche Regelung für die FIFA zum Problem, da einer der Hauptsponsoren eine amerikanische Biermarke ist. Die FIFA bedrängte Brasilien deshalb so lange, bis die Regierung eine Ausnahmeregelung erliess, die den Verkauf von Bier an Fussballweltmeisterschaftsspielen wieder erlaubte. Damit in Brasilien zudem die grossen Fussballstadien gebaut werden konnten, wurden in der Umgebung der Grossstädte mehrere Favelas zerstört und die Anwohner auf die Strasse gesetzt. Die nächste Fussballweltmeisterschaft findet in Russland statt. Einem Land, indem es keine Meinungsfreiheit gibt und das mit seinem Anti-Schwulen Gesetz auch homophob ist. Ganz zu schweigen davon, was gerade in der Ukraine passiert. Die Fussballweltmeisterschaft 2022 wird wahrscheinlich in Katar stattfinden. Einem Land, das so viel mit Fussball zu tun hat wie Algerien mit Skifahren. Wenn ein ausländischer Mitarbeiter in Katar auf einer Baustelle arbeitet, wird ihm sein Visum abgenommen. Er darf also nicht ausreisen. Es gab schon verschiedene Todesfälle auf Baustellen von FIFA-Stadien, dies aufgrund ungesicherter Massnahmen und unhaltbarer Arbeitsbedingungen. Immer wieder treten hohe FIFA-Funktionäre zurück, weil sie von Journalisten der Bestechung überführt werden. Auf diese Art wird es auch zu dem Ergebnis gekommen sein, dass Katar eine Fussballweltmeisterschaft ausrichten darf. Es ist deshalb unabdingbar, dass Zürich, eine Stadt, die immer von sich behauptet Menschenrechte zu schützen, einer solchen Organisation keine eigene Strasse widmet. Wir schlagen deshalb einen neuen Namen für die FIFA-Strasse vor, nämlich Tschau Sepp-Weg. Das würde der Schweizer Kultur entsprechen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Die Kritik an der FIFA ist sicher zumindest teilweise begründet. Die Strasse trägt allerdings schon länger diesen Namen. Ihn jetzt wieder zu ändern und anhand der aufgeführten Beispiele durchzuexerzieren, was die FIFA für eine Politik betreibt, halte ich für übertrieben. Strassennamen sollten langlebig sein und Jahre überdauern. In Zukunft besteht deshalb vermutlich weniger Anlass, diesen speziellen Namen zu kritisieren. Die FIFA kann sich verbessern und einen anderen politischen Weg einschlagen. Zudem gibt es auch andere Strassennamen in der Stadt, die zu irgendeinem Zeitpunkt einmal zur Diskussion gestanden haben.

Weitere Wortmeldungen:

Roland Scheck (SVP): Für den Stadtrat und das Parlament geht nichts über die internationale Ausstrahlung von Zürich. Mit der FIFA haben wir tatsächlich eine Institution mit internationaler Ausstrahlung. Deshalb ist es gut und recht, wenn diese Organisation auch mit einem Strassennamen gewürdigt wird. Bei Institutionen, die den Postulanten ideologisch ein bisschen näher stehen, gibt es keine grossen Bedenken. Genauso gut könnte man fordern, die ganzen Europa-Bezeichnungen in Zürich aufzuheben. Auch der Hafenkran ist ein Symbol für Krieg, Mord und Waffenhandel. Genau mit diesem sind in der DDR damals Kalaschnikows, Minen und Raketen verladen worden, um sie danach in Kriegsgebiete zu verschiffen. Die SVP-Fraktion lehnt dieses Postulat ab.

Urs Fehr (SVP): Wir dürfen als Stadtzürcher stolz sein, eine solche Organisation in unserer Stadt zu beheimaten. Die FIFA setzt sich sehr für den Breitensport ein und wollte auch das nun nicht zustande gekommene Stadion finanziell mittragen. Zudem ist es nicht zutreffend, dass die FIFA wenig Steuern zahlt.

Samuel Dubno (GLP): *Nicht alles was die FIFA macht, ist schlecht. Mit der Förderung des Frauenfussballs tut die FIFA z. B. mehr für die Gleichberechtigung, als viele politische Vorstösse. Wir lehnen grundsätzlich alle Vorstösse zu Strassenbenennungen ab, denn hierfür ist eine Strassenbenennungskommission zuständig. Ich finde den Namen FIFA-Strasse auch nicht sonderlich gelungen, aber zum Glück heisst die Strasse nicht mehr Adolf-Jöhr-Weg, der ja ein Antisemit war.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Das Grundproblem besteht darin, dass es viele Begehrlichkeiten gibt, dafür ist aber die schon genannte Kommission zuständig und nicht wir. Allein mit der Änderung eines Strassennamens kann die Welt nicht gerettet werden. Es ist schwierig, wenn man die russische Anti-Schwulen-Propaganda auch noch der FIFA anlasten möchte. Im Übrigen verfügt Algerien über eine Skipiste. Zürich hat offensichtlich keine anderen Probleme, als sich eine halbe Stunde mit diesem Thema zu befassen. Wir lehnen den Vorstoss ganz entschieden ab.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Die Weltmeisterschaften werden jeweils von den lokalen Organisationen durchgeführt. Wenn man sich über die südafrikanische Justiz auslässt, ist das ein Angriff auf den Staat. Damit wird die Souveränität anderer Staaten nicht ernst genommen.*

Anjushka Früh (SP): *Die Geschäftspraktiken der FIFA verletzen die Menschenrechte und sind alles andere als unterstützenswert. Stolz kann man auf eine solche Institution deshalb nicht sein. Über die Wirksamkeit des Postulats haben wir keinen Konsens gefunden, weshalb wir Stimmfreigabe beschlossen haben.*

Marcel Bührig (Grüne): *Die FIFA hat ein Image-Problem und das bringt der Stadt keinen besseren Ruf ein. Europa ist ein Kontinent und keine Organisation. Die FIFA-Gerichte in Südafrika wurden nicht von der südafrikanischen Justiz eingerichtet, sondern wurden von der FIFA explizit gefordert. Die Gerichte existierten nur während der Fussballweltmeisterschaft, einen Monat davor und einen Monat danach. Dann wurden die Gerichte wieder ersatzlos gestrichen. Die FIFA erlässt natürlich nicht direkt die Anti-Schwulen-Gesetze, aber sie tut auch nichts dagegen. Sie gibt solchen Ländern mit einer zweifelhaften Menschenrechtspolitik die Möglichkeit, sich als weltoffen zu präsentieren. An die Strassennamenkommission werde ich mich mit diesem Anliegen noch schriftlich wenden.*

Das Postulat wird mit 30 gegen 73 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

- 367. 2014/294**
Postulat von Markus Merki (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 17.09.2014:
Verbesserung der Sicherheit auf dem Trottoir der Schaffhauserstrasse zwischen der Bühlwiesenstrasse und der Bahnunterführung

Von Markus Merki (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) ist am 17. September 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen Massnahmen die Sicherheit auf dem stadttauswärtsführenden Trottoir für die Zufussgehenden und die Velofahrenden an der Schaffhauserstrasse zwischen der Bühlwiesenstrasse und der Bahnunterführung, bzw. unter der Bahnunterführung Schaffhauserstrasse, verbessert werden kann.

Begründung:

Mit den baulichen Veränderungen der Schaffhauserstrasse zwischen der Hausnummern 450 bis 464 im Jahr 2010 wurden unter anderem die vormaligen sehr eng definierten parallelen Anwohnerparkplätze aufgehoben und neu grosszügig markiert, so dass Fahrzeuge neu rechtwinklig zur Strassenachse parkiert werden. Zudem wurde der Fahrradstreifen auf das Trottoir verlegt.

Die baulichen Veränderungen haben zur Folge, dass sich der zur verfügungstehende Raum auf dem Trottoir für Zufussgehende durch die o.g. Veränderungen, stark reduziert hat. Dadurch entstehen, insbesondere in den Abendstunden für alle Verkehrsteilnehmer immer wieder sehr gefährliche Situationen. Insbesondere wenn Autos ein- oder ausparken, bzw. weit über die markierten Parkfelder herausstehen, während sich entgegenkommende Fussgänger und Velofahrende kreuzen. Zudem ist der Fahrradstreifen nicht über die ganze Strecke als solcher gekennzeichnet, was zwischen Fussgängern und Velofahrern zu Missverständnissen und hitzigen Diskussionen führt.

Unmittelbar vor der Bahnunterführung werden die Velofahrenden mittels einer horizontalen Verschwenkung auf das Niveau der Strasse geleitet, weil auf dem Trottoir Bauminseln angeordnet sind. Diese unmittelbare Verschwenkung ist für die Autofahrenden nicht erkennbar und schafft regelmässig gefährliche Situationen zwischen Velo- und Autofahrenden.

Mitteilung an den Stadtrat

**368. 2014/295
Postulat von Markus Merki (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 17.09.2014:
Velohauptroute an der Friesstrasse vom Bahnhof Oerlikon nach Seebach,
gleichzeitige Inbetriebnahme mit der Velostation Oerlikon Ost**

Von Markus Merki (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) ist am 17. September 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, die im Masterplan Velo 2025 definierte Hauptroute an der Friesstrasse vom Bahnhof Oerlikon nach Seebach auf die Eröffnung der Velostation Oerlikon Ost 2015 in Betrieb zu nehmen.

Begründung:

Mit der Fertigstellung der Bahnhofunterführung Ost (Anbindung Andreasstrasse) und der dazugehörigen Velostation im Jahr 2015 ist mit einem erhöhten Veloverkehr von und nach Seebach zu rechnen. Die Route von Seebach zum Bahnhof Oerlikon besteht bereits und führt über die Schaffhauserstrasse. In der Gegenrichtung, vom Bahnhof Oerlikon nach Seebach, besteht die Route erst ab der Kreuzung Friesstrasse/Schaffhauserstrasse. Für die Strecke zwischen Bahnhof Oerlikon und der Kreuzung Friesstrasse/Schaffhauserstrasse bestehen keine direkten und sicheren Velorouten.

Mitteilung an den Stadtrat

**369. 2014/296
Interpellation von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 17.09.2014:
Projektideen privater Investoren für ein Fussballstadion auf dem Hardturmareal,
mögliche Kriterien für künftige Projektlösungen**

Von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) ist am 17. September 2014 folgende Interpellation eingereicht worden:

Am 22. September 2013 lehnten die Stadtzürcher Stimmberechtigten den 216 Millionen Franken Kredit für ein neues, städtisches Fussballstadion auf dem Hardturmareal mit 50,8 Prozent ab. Es ist davon auszugehen, dass eine grosse Mehrheit dieser 50,8 Prozent ihr Nein mit dem Kostenfaktor zulasten der Steuerzah-

lenden begründet.

Wie in den letzten paar Wochen verschiedenen Medien zu entnehmen war, zeigen einige private Investoren grosses Interesse am Erstellen und Betreiben eines neuen Fussballstadions für die Stadt Zürich. Weiter erfuhr man, dass sich mögliche Investoren bei der Stadt Zürich mit konkreten Ideen und Projektlösungen gemeldet hätten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche privaten Projektideen zum Bau und Betrieb eines neuen Fussballstadions wurden seit dem 22. September 2013 dem Stadtrat bzw. der Stadtverwaltung vorgelegt?
2. Welche privaten Investoren haben per 30. April 2014 (offizielle städtische Eingabefrist für Private für das Einreichen einer Projektdokumentation) ein Dossier mit einem Lösungsvorschlag für ein neues Fussballstadion eingereicht?
3. Wie ging der Stadtrat bzw. die Verwaltung mit diesen Ideen und Lösungsvorschlägen um? Wurde das Gespräch mit den betreffenden Investoren gesucht? Wenn ja, was wurde diesen gesagt? Wenn nein, warum nicht?
4. Welches waren seitens Stadtrat bzw. Verwaltung die Kriterien für die Evaluation der eingereichten Projektideen?
5. Welches waren die Gründe, weshalb der Stadtrat bzw. die Verwaltung die einzelnen Projektideen nicht weiterverfolgen wollte?
6. Hat der Stadtrat die finanziellen Auswirkungen seines eigenen Gesamtprojektvorschlags mit denjenigen der eingereichten privaten Projektlösungen verglichen? Wenn ja, wie sehen diese aus? Wenn nein, warum nicht?
7. Der Stadtrat präsentiere am 3. September 2014 seine Ideen über das weitere Vorgehen bezüglich Fussballstadion Zürich. Inwieweit ist der Stadtrat bereit, private Investoren in seine Überlegungen beziehungsweise in die weitere Planung miteinzubeziehen?
8. Ist der Stadtrat bereit, den Spielraum für private Investoren zu öffnen? Wenn ja, in welche Richtung und in welchem Rahmen? Wenn nein, warum nicht?
9. Unter welchen Umständen wäre der Stadtrat bereit, die Planung, die Realisierung und den Betrieb eines neuen Fussballstadions samt möglicher Mantelnutzung und allfälligem Wohnungsbau in die Hände Privater zu legen?

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

370. 2014/297
Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 17.09.2014:
Projekt «zürich transit maritim», Hintergründe zur Evaluation und Beschaffung des Hafenkranes sowie seiner Symbolik

Von Roland Scheck (SVP) und Roger Liebi (SVP) ist am 17. September 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Rahmen des Kunstprojekts «zürich transit maritim» will der Stadtrat seine Weltoffenheit zum Ausdruck bringen. Als Herzstück von «zürich transit maritim» wurde im Zentrum der Altstadt neben dem Rathaus ein Hochseekran aufgestellt. Dieser Hafenkran stammt aus Rostock. In offensichtlichem Widerspruch zu den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft wurde das 90 Tonnen schwere Gerät über eine Distanz von mehr als 1000 Kilometern nach Zürich transportiert. Nach der Installation ergab eine Labor-Analyse, dass der Schutzanstrich des am Ufer der Limmat aufgestellten Hafenkranes toxische Substanzen enthält. Und nun wurde ausserdem publik, dass am Hafenkran im übertragenen Sinne auch Blut klebt. Mit exakt diesem Hafenkran wurden zu Zeiten des DDR-Regimes Schiffe mit Kalaschnikows, Minen und Raketen beladen, die anschliessend als geheime Waffenexporte in Kriegsgebiete verschifft wurden und dort zum Einsatz kamen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Stadträte begleiteten das Projekt «zürich transit maritim» von der Planung bis zum Aufstellen des Krans?
2. Welche Abklärungen und Prüfungen wurden im Rahmen der Evaluation bzw. Beschaffung des Hafenkranes getätigt? Mit welchem Ergebnis?
3. Zu welchem Zeitpunkt lagen dem Stadtrat Informationen vor, dass der Hafenkran früher für geheime Kriegsmateriallieferungen genutzt wurde?
4. Waffenexporte in alle Welt: Ist dies nun der angestrebte Ausdruck für Weltoffenheit? Wie bringt der Stadtrat die ursprünglich angedachte Symbolik für Weltoffenheit in Einklang mit den Erkenntnissen, dass der Hafenkran für das Verschiffen von Waffen genutzt wurde?
5. Wie beurteilt der Stadtrat die mit dem Aufstellen des Hafenkranes verbundene Verherrlichung der sozialistischen und militaristischen Politik der kommunistischen DDR?
6. Welche Massnahmen leitet der Stadtrat aufgrund der jüngsten Erkenntnisse nun ein?
7. Wie kommuniziert der Stadtrat der Zürcher Bevölkerung, dass der Hafenkran Teil der geheimen Waffenexporte des DDR-Regimes war?
8. Der Stadtrat und Zürich Tourismus betonen, dass der Hafenkran beträchtlichen Kulturtourismus auslöse. Wie beurteilt der Stadtrat die nationale und internationale Aussenwirkung, wenn die Stadt Zürich mit einem Hafenkran wirbt, der in der DDR für geheime Kriegsmaterialexporte genutzt wurde?
9. Ist es nach Bekanntwerden des früheren Einsatzzweckes des Hafenkranes aus Sicht des Stadtrats vertretbar, dass der Hafenkran im öffentlichen Raum aufgestellt bleibt? Falls ja, mit welcher Begründung?
10. Ist der Stadtrat bereit, den Hafenkran, welcher für Kriegsmateriallieferungen genutzt wurde, umgehend abzubauen? Falls nein, mit welcher Begründung?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s s n a h m e n

371. 2014/289

Ja zur Förderung des preisgünstigen Wohnraums, Resolution zur kantonalen Abstimmung vom 28.09.2014, Rekurs in Stimmrechtssachen

Gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 3. September 2014 betreffend Erlass einer Resolution zur kantonalen Abstimmung vom 28. September 2014 (GR Nr. 2014/257) wurde am 8. September 2014 Rekurs in Stimmrechtssachen eingereicht.

372. 2014/244

Dringliche Schriftliche Anfrage von Walter Angst (AL) und 34 Mitunterzeichnenden vom 09.07.2014:

Dienstplanänderungen für das Hortpersonal sowie Budgetkürzung für die Sommerferienhorte, Hintergründe und Auswirkungen der Massnahmen des Schulamts

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 765 vom 3. September 2014).

- 373. 2014/157**
Schriftliche Anfrage von Severin Pflüger (FDP) und Christian Huser (FDP) vom 14.05.2014:
Mögliche Konzepte für eine bessere Verbindung der Quartiere nördlich und südlich des Bahnhofs Oerlikon mit dem öffentlichen Verkehr

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 764 vom 3. September 2014).

- 374. 2014/191**
Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) vom 11.06.2014:
Sanierung der Ruine Schnabelburg, Auflagen und Ersatzmassnahmen für den Schutz der Zahnlosen Schliessmundschnecke

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 790 vom 10. September 2014).

- 375. 2014/193**
Schriftliche Anfrage von Isabel Garcia (GLP) und Gian von Planta (GLP) vom 11.06.2014:
Aufnahme von Schulhäusern in die Inventarliste für schützenswerte Gebäude, Folgen bezüglich der Standards, Termine und Kosten im Hinblick auf die Sanierungen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 791 vom 10. September 2014).

Nächste Sitzung: 24. September 2014, 17 Uhr.